

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2019

**DER DELEGATION BEI DER
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE
(ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND
ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA)**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einführung	3
1.	Zusammensetzung der Delegation	3
II.	Wintertagung vom 21. bis 22. Februar 2019 in Wien	3
1.	Delegation und Teilnehmer	3
2.	Eröffnungssitzung	3
3.	Der Ständige Ausschuss	4
4.	Die drei Allgemeinen Ausschüsse	6
5.	Plenarversammlung	7
III.	Jahrestagung vom 4. bis 8. Juli 2019 in Luxemburg	8
1.	Delegation und Teilnehmer	8
2.	Eröffnungssitzung	8
3.	Der Ständige Ausschuss	9
4.	Die drei Allgemeinen Ausschüsse	10
4.1	Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit	10
4.2	Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt	11
4.3	Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen	11
4.4	Zusätzliche Beratungsgegenstände	12
5.	Plenarversammlung	13
6.	Schlussitzung	14
7.	Luxemburg Erklärung	15
8.	Bilaterale Gespräche	15
9.	Wahlen	15
IV.	Herbsttagung vom 4. bis 6. Oktober 2019 in Marrakesch	16
1.	Delegation und Teilnehmer	16
2.	Eröffnungssitzung	16
3.	Der Ständige Ausschuss	17
4.	Parlamentarische Konferenz	17
5.	Mittelmeerforum	18
V.	Zusammenarbeit	19
VI.	Kostenaufwand der Delegation	19
VII.	Weitere Informationsquellen	19
VIII.	Schlusswort und Antrag	20

I. Einführung

1. Zusammensetzung der Delegation

Im Anschluss an die im Februar 2017 durchgeführten Landtagswahlen wurde die liechtensteinische Delegation für die Parlamentarische Versammlung der OSZE anlässlich der Eröffnungssitzung des Landtags am 30. März 2017 gewählt. Die Delegation setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Günter Vogt, Delegationsleiter
- Stv. Abg. Helen Konzett, ordentliches Mitglied
- Abg. Eugen Nägele, stellvertretendes Mitglied
- Abg. Violanda Lanter-Koller, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

II. Wintertagung vom 21. bis 22. Februar 2019 in Wien

Die Wintertagung in Wien ist nach der Jahresversammlung das zweitgrösste Treffen der OSZE PV. Sie dient hauptsächlich dem Austausch mit den Vertretern der OSZE, die ihren Sitz in Wien haben. Die Tagung beinhaltet jeweils ein Treffen des Ständigen Ausschusses, Plenarsitzungen und Sitzungen der drei ordentlichen Ausschüsse.

1. Delegation und Teilnehmer

Am 21. und 22. Februar fand die 18. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Wien statt. Liechtenstein wurde durch die Abgeordneten Günter Vogt, die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Insgesamt nahmen knapp 300 Parlamentarier aus 55 OSZE-Teilnehmerstaaten sowie zahlreiche Parlamentarier der Kooperationspartner an der zweitägigen Konferenz in Wien teil.

2. Eröffnungssitzung

An der Eröffnungssitzung sprachen Wolfgang Sobotka, österreichischer Nationalratspräsident, George Tsereteli, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Miroslav Lajčák, Amtierender Vorsitzender der OSZE und slowakischer Aussenminister, und OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka hielt in seiner Eröffnungsrede fest, dass die OSZE auch 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs daran arbeitet, Bedingungen zu schaffen, um die Gräben zwischen Ost und West erfolgreich zu überwinden. Er betonte, dass die Parlamentarische Versammlung die Arbeit der Regierungen in der OSZE ergänzt. Weiter sagte er, dass diese jährliche Wintertagung

eine einzigartige Plattform für Dialog und Vertrauensbildung biete. Es liege in der Verantwortung der Parlamentarier diese zu nutzen.

Der Präsident der Versammlung, George Tsereteli, sprach über Konflikte in der Ostukraine und im Südkaukasus sowie über Strassenproteste, die kürzlich in Frankreich, Serbien, Ungarn und Albanien stattgefunden haben. Tsereteli betonte, dass es notwendig sei, sich auf eine Reihe möglicher Probleme vorzubereiten, die sich aus Situationen im Zusammenhang mit Brexit, dem Klimawandel und dem Zusammenbruch des INF-Vertrags ergeben könnten, und unterstrich, wie wichtig es sei, proaktiv und im Geiste der multilateralen Zusammenarbeit zu reagieren.

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der slowakische Aussenminister Miroslav Lajčák, sagte, dass die Parlamentarier als aus dem gesamten OSZE-Gebiet gewählte Vertreter einzigartig gerüstet seien, um die Stimmen des Volkes in die Arbeit der OSZE einzubringen und die Botschaften der OSZE an verschiedene Gemeinschaften weiterzugeben.

OSZE-Generalsekretär Greminger sprach über die Herausforderungen für die OSZE-Region, hob aber auch die positiven Entwicklungen hervor, die in jüngster Zeit zu verzeichnen waren, darunter der erfolgreiche diplomatische Prozess zwischen Skopje und Athen, der, wie er sagte, neue Möglichkeiten für eine verstärkte regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa eröffnet habe. Er hob auch die Fortschritte beim transnistrischen Schlichtungsprozess hervor, von dem er hoffte, dass er die Parteien in anderen Konflikten ermutigen würde, Schritte zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu unternehmen.

Während der Fragestunde stellten die Parlamentarier dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und dem Generalsekretär der OSZE Fragen zu Themen wie der Krise in und um die Ukraine, Geschlechterfragen, Jugend- und Sicherheitsinitiativen, Wahlbeobachtung, Antisemitismus und Intoleranz sowie Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Arbeit der OSZE.

3. Der Ständige Ausschuss

Der Ständige Ausschuss der Versammlung besteht aus dem Präsidenten der Versammlung, den Vizepräsidenten, der Schatzmeisterin, den Amtsträgern der Allgemeinen Ausschüsse sowie den Leitern der nationalen Delegationen. Liechtenstein wurde an der Sitzung am 21. Februar durch den Abgeordneten Günter Vogt vertreten. An der Sitzung wurden verschiedene Berichte zur Kenntnis genommen: darunter jener des Präsidenten, des Generalsekretärs und der Schatzmeisterin.

Der Präsident berichtete, dass er in den letzten Monaten vermehrt mit Mitgliedern der Versammlung sowie mit Mitarbeitern des Internationalen Sekretariats über Verbesserungsmöglichkeiten und eine Modernisierung der Arbeit der Versammlung diskutiert habe. Er wolle sicherstellen, dass alle Stimmen der PV gehört und in der Arbeit der Parlamentarischen Versammlung berücksichtigt werden. Wichtig sei auch, die Arbeit der Versammlung effektiver und sichtbarer zu machen. Einmal

mehr sprach der Präsident das bestehende Konsensprinzip der OSZE (im Ministerrat) an, welches besonders im Bereich Menschenrechte und Demokratie eine Herausforderung ist und es der OSZE erschwert, eindeutige Beschlüsse zu fassen.

Der Generalsekretär der Versammlung stellte in seinen Ausführungen fest, dass in den letzten Monaten eine allgemeine Zunahme des Engagements der Parlamentarier in allen Aspekten der OSZE-Arbeit zu beobachten war. Er hob die vom amtierenden Vorsitzenden, Miroslav Lajčák, genannte Priorität, für die Menschen zu arbeiten, hervor. Diese Priorität stehe in vollem Einklang mit dem verstärkten Schwerpunkt der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden OSZE-Dimensionen (Regierung und Parlament), dem Generalsekretär der OSZE und den autonomen OSZE-Institutionen (wie das ODIHR) sowie den OSZE-Feldmissionen zu gewährleisten. Ziel müsse es sein, all diese Werte in den Dienst der OSZE und ihrer Bürger und Teilnehmerstaaten zu stellen. Abschliessend erklärte der Generalsekretär, dass er für eine zweite Mandatsperiode als Generalsekretär kandidieren werde.

Der Vorsitzende des Unterausschusses für die Geschäftsordnung Lord Peter Bowness (Vereinigtes Königreich) berichtete über die Arbeit des Ausschusses. Dabei seien insbesondere Vorschläge diskutiert worden, wie die Tagungen der Versammlung für die Teilnehmer produktiver und interessanter gestaltet werden könnten. Ebenso sei es dem Ausschuss wichtig, dass die Versammlung eine starke politische Agenda entwickeln und verfolgen könne. Einige der Vorschläge (zum Beispiel mehr Zeit für Diskussionen, um aktuelle Themen und relevante Fragen zu erörtern) seien bereits an der Wintertagung umgesetzt worden. Weiter stellte er einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung vor. Darin wird die Gültigkeit von Unterschriften von Mitgliedern der Versammlung, die einen zusätzlichen Beratungsgegenstand oder einen Änderungsantrag (anlässlich der Jahrestagung) unterzeichnen, detaillierter geregelt. Der Änderungsantrag wurde vom Ständigen Ausschuss einhellig angenommen.

Botschafter Andreas Nothelle (Leiter des OSZE-PV-Sekretariats in Wien) stellte die vom Sekretariat erarbeiteten Richtlinien für Wahlbeobachtungen vor. Diese Richtlinien sollen den aktuellen Verhaltenskodex für Wahlbeobachtungsmissionen in Bezug auf potenzielle Interessenkonflikte von Parlamentariern ergänzen. Ebenfalls wurden die Verfahren bei Wahlbeobachtungstätigkeiten umfassend überprüft und ein Regelwerk entwickelt, das die Praxis harmonisiert und verbessert. Dies soll die allgemeine Glaubwürdigkeit von Wahlbeobachtungen wahren. Dabei wurden verfahrenstechnische Fragen wie die Ernennung von Beobachtern, die Ernennung der Leitung der Mission, die Ausarbeitung der Erklärung, aber auch die wesentliche Frage, wie man den Anschein einer möglichen Verzerrung durch die Mission oder ihrer Mitglieder vermeiden kann, aufgearbeitet. In der anschliessenden Diskussion brachten sich viele Mitglieder mit ihren langjährigen Erfahrungen an Wahlbeobachtungen ein und es zeigte sich, dass einige Punkte noch nicht ganz klar sind und eine weitere Überarbeitung der Richtlinien angezeigt ist.

Die anschliessende Debatte befasste sich mit aktuellen internationalen politischen Angelegenheiten. Dabei kam es zu einem umfassenden und offenen Austausch über den jüngsten Zusammenbruch des INF-Vertrags, an dem sich auch die Leiter der russischen und US-amerikanischen Delegation beteiligten. Weitere Themen bildeten die Krise in der Ukraine, Brexit und bevorstehende Wahlbeobachtungen.

4. Die drei Allgemeinen Ausschüsse

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Im Politischen Ausschuss stellte der Berichterstatter Alan Farrell aus Irland die Ideen für seinen Bericht anlässlich der Jahrestagung in Luxemburg vor und nahm Anregungen und Fragestellungen anderer Parlamentarier auf.

Botschafterin Maria Victoria Gonzales (Spanien) sprach in ihrer Funktion als Vorsitzende des Sicherheitsausschusses des Ständigen Rates der OSZE vor den Delegierten über die Prioritäten des Ausschusses. Botschafter Claude Wild (Schweiz), Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation, führte in seiner Präsentation aus, dass die Sicherheitsarchitektur in Europa zunehmend unsicherer werde. Er rief die Parlamentarier dazu auf, im strukturierten Dialog Lösungen zu finden.

Ebenso richtete der Hochkommissar der OSZE für Nationale Minderheiten, Lamberto Zannier, seine Worte an die Delegierten. Dabei betonte er, dass eine nachhaltige Integration bei der Bildung beginne und ein langfristiger Prozess sei. Eine politische Partizipation von Minderheiten sei ein wichtiger Beitrag zur Integration.

Bei der Spezialdebatte «Die Lösung langwieriger Konflikte: Instrumente und Mechanismen der OSZE» führten Charles Lonsdale und Paul Picard seitens des OSZE-Konfliktpräventionszentrums in das Thema ein. Sie machten Ausführungen zu Frühwarnsystemen, stellten Instrumente der Konfliktlösung wie Mediation und Dialog vor und wiesen darauf hin, dass es unumgänglich sei, die betroffene Bevölkerung auf den Frieden vorzubereiten. Der Abgeordnete Günter Vogt nahm an der Sitzung des Ersten Ausschusses teil.

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Im Wirtschaftsausschuss stellte die Berichterstatterin Elona Hoxha Gjebrea aus Albanien ihre Überlegungen für ihren Bericht für die Jahrestagung vor. Anschliessend präsentierte Botschafter Kairat Sarybay (Kasachstan), Vorsitzender des Wirtschafts- und Umweltausschusses des Ständigen Rates, die aktuellen Herausforderungen des Ausschusses. Die Spezialdebatte konzentrierte sich auf das Thema «Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in der OSZE-Region». Dazu sprach Botschafter Vuk Zugic, Koordinator der OSZE-Wirtschafts- und Umweltaktivitäten.

Aufgrund der zeitlichen Überschneidung mit anderen Ausschusssitzungen konnte an der Sitzung des Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten niemand teilnehmen.

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Der Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen führte eine Debatte zum Thema «Einschränkungen der Menschenrechte in Zeiten des Notstands». Dazu sprach Harlem Désir, OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit. Er führte aus, dass ein Notstand immer begründet und vorübergehend sein muss, aber die Menschenrechte nie mit Füßen getreten werden dürfen.

Ebenfalls zu den Parlamentariern sprachen Ingibjörg Solrun Gísladóttir, Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau, und der tschechische Botschafter Ivo Sramek, Vorsitzender des Ausschusses zur menschlichen Dimension des ständigen Rates der OSZE.

Der Berichterstatter Kyriakos Hadjiyanni (Zypern) stellte seine Ideen für den Bericht an der Jahrestagung vor. Die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett nahm Einsitz im Dritten Ausschuss.

5. Plenarversammlung

Die drei Allgemeinen Ausschüsse der Versammlung trafen sich zu einer gemeinsamen Sitzung. Dabei stellten verschiedene Ad-hoc-Vorsitzende sowie Sonderbeauftragte der Versammlung ihre Berichte vor.

Die Belgierin Nahima Lanjri, Vorsitzende des Ad-hoc-Ausschusses für Migration, beschrieb in ihrem Bericht die Arbeit des Ausschusses bei Feldbesuchen, die Förderung der Diskussion über das Thema Migration in der Versammlung der OSZE und die Stärkung der Zusammenarbeit mit dem OSZE-Sekretariat, den Institutionen und den einschlägigen internationalen Akteuren. Ihre Ausführungen konzentrierten sich auf migrationsbedingte Herausforderungen wie unbegleitete Kinder, den Zugang zur Bildung für Kinder und die Integration von Flüchtlingen. Für eine erfolgreiche internationale Reaktion auf Migration sei es wichtig, den Multi-Stakeholder-Ansatz zu fördern, der das Engagement des öffentlichen und privaten Sektors und der lokalen Regierungen einschliesst.

Der Vorsitzende des Ad-hoc-Ausschusses zur Terrorismusbekämpfung Makis Voridis (Griechenland) berichtete über die Aktivitäten des Ausschusses und unterstrich die Bemühungen, der Terrorismusbekämpfung einen parlamentarischen Mehrwert zu verleihen. Er beschrieb die sich entwickelnden Trends im Terrorismus und gewalttätigen Extremismus und betonte, dass internationale Terrorgruppen wie IS und al-Qaida in den von Konflikten betroffenen Gebieten weiterhin sehr aktiv sind. Um der anhaltenden Bedrohung durch den Terrorismus zu begegnen, erörterte Voridis eine Reihe von Initiativen, darunter Mechanismen zur Förderung der Umsetzung internationaler Verpflichtungen in den nationalen Parlamenten.

III. Jahrestagung vom 4. bis 8. Juli 2019 in Luxemburg

1. Delegation und Teilnehmer

Vom 4. bis zum 8. Juli fand die 28. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Luxemburg statt. Die Jahrestagung stand unter dem Thema «Nachhaltige Entwicklung zur Förderung der Sicherheit: Die Rolle der Parlamente». Insgesamt trafen sich knapp 300 Abgeordnete aus 54 OSZE-Teilnehmerstaaten und sechs Partnerstaaten, um aktuelle Themen zu diskutieren. Liechtenstein wurde durch den Abgeordneten Günter Vogt, die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten.

2. Eröffnungssitzung

An der Eröffnungssitzung sprachen Fernand Etgen, Parlamentspräsident von Luxemburg, George Tsereteli, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, sowie Xavier Bettel, Premierminister von Luxemburg.

In seiner Rede betonte der luxemburgische Parlamentspräsident Fernand Etgen, dass Luxemburg seinen Platz unter jenen Staaten habe, die auf internationalen Dialog setzen. Das Tagungsthema der nachhaltigen Entwicklung zur Förderung der Sicherheit habe man gewählt, weil Ressourcenkonflikte durch den Klimawandel in Zukunft noch häufiger vorkommen werden. Wenn aber die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ernst genommen werden, könnten Konflikte vermieden werden, so Etgen.

George Tsereteli, Präsident der Versammlung, betonte in seiner Rede, dass das Gründungsdokument der OSZE, die Schlussakte von Helsinki, vor mehr als 40 Jahren eine Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen bei der Stärkung des Weltfriedens und der Förderung von Lösungen für internationale Probleme forderte. Er wies darauf hin, dass die richtungsweisenden Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung für das Treffen in Luxemburg von besonderer Bedeutung sind, und forderte deren vollständige Umsetzung.

Eine emotionale Rede hielt der luxemburgische Premierminister Xavier Bettel, in welcher er die Friedenswahrung in den Mittelpunkt stellte. Er unterstrich, dass auch in Europa nicht alle in wirklichem und nachhaltigem Frieden leben können. Er appellierte an die Anwesenden, die Geschichte niemals zu vergessen und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Betreffend die Ukraine forderte Bettel, dass die bestehenden Abmachungen wie das Minsker Abkommen von allen Seiten respektiert werden.

Ebenfalls an der Eröffnungssitzung sprach das Gründungsmitglied der OSZE PV Steny Hoyer aus den USA. Er sprach über die Notwendigkeit, die multilateralen Institutionen zum Schutz der Demokratie zu stärken. Der beste Weg, antidemokratische Kräfte sowohl von innen als auch von aussen zu bekämpfen, sei, zu zeigen, dass Demokratie funktioniere.

3. Der Ständige Ausschuss

Die Sitzung des Ständigen Ausschusses fand am 4. Juli unter der Leitung von Präsident George Tsereteli statt. Liechtenstein wurde durch den Abgeordneten Günter Vogt vertreten. Die Sitzung begann mit der Verlängerung des Mandats des Generalsekretärs der Versammlung. In einer geheimen Wahl erhielt Roberto Montella 54 Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen und wurde für eine Amtszeit von fünf Jahren wiedergewählt. Roberto Montella wurde an der Jahrestagung 2015 für eine fünfjährige Mandatsdauer vom Ständigen Ausschuss gewählt und trat sein Amt am 1. Januar 2016 an. Die Amtszeit des Generalsekretärs der Versammlung kann vom Ständigen Ausschuss zweimal verlängert werden.

Weiter umfasste die Tagesordnung den Bericht des Präsidenten, den Bericht des Generalsekretärs, den Bericht der Schatzmeisterin zum Haushaltsentwurf 2019/2020 sowie verschiedene Berichte von Sonderbeauftragten und Berichte über Wahlbeobachtungsmissionen.

Der Präsident unterstrich einmal mehr seine Prioritäten wie die Verstärkung der Konfliktlösungsbemühungen, die Gewährleistung, dass die OSZE für die Bewältigung neuer Herausforderungen gerüstet ist, und die Förderung der gemeinsamen Werte.

Der Generalsekretär der Versammlung führte in seinem Bericht aus, dass die Zusammenarbeit mit den Führungsgremien der OSZE sowie mit dem OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger ausgezeichnet sei. Das Wiener Verbindungsbüro der OSZE PV sei entscheidend dafür, dass, wann immer es angebracht sei, der Standpunkt und die Arbeit der Versammlung gegenüber dem Ständigen Rat und den Exekutivstrukturen sowie den Institutionen der OSZE gewahrt werden. Betreffend Wahlbeobachtungen führte der Generalsekretär aus, dass es weiterhin geplant sei, eng mit Kollegen des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und Partnern aus den Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der NATO und dem Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten.

Doris Barnett, Schatzmeisterin, schlug für das Haushaltsjahr 2019/2020 eine Erhöhung des Budgets um EUR 186'499 vor. Der grösste Teil dieser Anpassung soll zur Schaffung einer Medienstrategie aufgewendet werden. Dadurch soll insbesondere die Sichtbarkeit der Versammlung verbessert werden. Es wird vorgeschlagen, zusätzliche Personalressourcen zu schaffen. Damit steigt der vorgeschlagene Haushalt der Versammlung auf EUR 3'642'999 (Vorjahr EUR 3'456'500). Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses stimmten dem Vorschlag zu. Der liechtensteinische Beitrag zum Haushalt der OSZE PV beträgt EUR 4'554 (Vorjahr EUR 4'318), was 0,125 Prozent des Gesamthaushalts der Versammlung entspricht.

Dem Ständigen Ausschuss kam wiederum die Aufgabe zu, darüber zu entscheiden, ob die eingereichten zusätzlichen Beratungsgegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden. Insgesamt wurden 16 zusätzliche Entschliessungsentwürfe auf die Tagesordnung der Versammlung gesetzt, welche entweder im Plenum oder in dem jeweiligen Ausschuss diskutiert werden.

4. Die drei Allgemeinen Ausschüsse

Die drei Ordentlichen Ausschüsse (Ausschuss für Politische Angelegenheiten, Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten und Ausschuss für Menschenrechte) diskutierten jeweils einen im Vorfeld verfassten Bericht inklusive Entschliessungsentwurf zum Tagungsthema. Zusätzlich wurden 13 weitere Beratungsgegenstände von den Ausschüssen behandelt.

4.1 Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit tagte unter der Vizevorsitzenden Sofio Katsarava aus Georgien. Auf der Tagesordnung standen der Bericht und der Entschliessungsentwurf des Berichterstatters Alan Farrell aus Irland.

Der Berichterstatter führte aus, dass wir in einer Welt leben, die zunehmend gespalten ist zwischen Regionen, die Sicherheit und Wohlstand geniessen, und anderen, die in einem fast endlosen Kreislauf von Konflikt und Armut gefangen sind. Dagegen müsse die Versammlung etwas tun, denn ein hohes Mass an Gewalt und Unsicherheit schade der Entwicklung eines Landes, nicht nur in wirtschaftlicher sondern auch in sozialer, kultureller und politischer Hinsicht. Ohne Nachhaltige Entwicklung könne kein dauerhafter Friede erreicht werden und ohne Friede gebe es keine nachhaltige Entwicklung.

Der Berichterstatter ging anschliessend auf die Bedeutung multilateraler Reaktionen auf neue Sicherheitsherausforderungen zur Verbesserung der Sicherheit ein. Er behandelte die Probleme der Langzeitkonflikte im OSZE-Raum und die vorhandenen Instrumente und Mechanismen zur Förderung sicherer und dauerhafter Lösungen und zeigte auf, wie die Parlamente und Parlamentarier dazu beitragen können, nachhaltige Entwicklung zu fördern, um Sicherheit zu stärken. Dazu erläuterte er konkrete Beispiele in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Jugend und Gender.

Farrell betonte, dass die instabile globale Sicherheitslage ein kritisches Stadium erreicht habe und rief die OSZE als Ganzes sowie die Parlamentarier im Rahmen der Versammlung dazu auf, sich erneut für einen dauerhaften, nachhaltigen und fairen Frieden für alle Länder in der OSZE-Region zu engagieren. Der Berichterstatter appellierte, sich erneut zu dem politischen Willen im Geist der Entspannung und des Dialogs, der die Schlussakte von Helsinki 1975 hervorbrachte und der als Grundlage für eine wirksame internationale Zusammenarbeit, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung dienen kann, zu bekennen. Der Entschliessungsentwurf wurde vom Ausschuss verabschiedet.

In der anschliessenden Debatte wurden Themen wie der Zusammenbruch des INF-Vertrags, die Cybersicherheit, die Notwendigkeit, dass alle Seiten die Minsker Abkommen umsetzen, um die Krise in der Ukraine zu lösen, und die Bedeutung einer angemessenen Terminologie in den Dokumenten der Versammlung der OSZE angesprochen.

Zusätzlich diskutierte der Ausschuss über fünf weitere Beratungsgegenstände, welche alle verabschiedet wurden: «The militarization by the Russian Federation of the temporarily occupied autonomous Republic of Crimea and the City of Sebastopol, Ukraine, the Black Sea, and the Sea of Azov» von Artur Gerasymov (Ukraine); «The challenges related to returning and relocating foreign terrorist fighters» von Makis Vouridis (Griechenland); «The security and human rights situation in Abkhazia, Georgia and the Tskhinvali Region/South Ossetia, Georgia» von Sofio Katsarava (Georgien); «Energy security in the OSCE Area» von Ruta Miliute (Litauen) und «Good practices for states related to private military and security companies» des Schweizer Nationalrats Hugues Hiltbold.

Der Abgeordnete Günter Vogt nahm an den Sitzungen des Ersten Allgemeinen Ausschusses teil. Weitere Informationen können auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

4.2 Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Der Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt tagte unter der Leitung von Nilza de Sena (Portugal). Auf der Tagesordnung standen der Bericht und der Entschliessungsentwurf der Berichterstatterin Elona Hoxha Gjebrea aus Albanien sowie die dem Ausschuss überwiesenen vier zusätzlichen Beratungsgegenstände.

Die Berichterstatterin unterstrich, dass es besonders wichtig sei, dass sich Parlamente, Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner auf nationaler und internationaler Ebene gemeinsam um die Förderung nachhaltiger Entwicklung und Sicherheit bemühen, um die Herausforderungen, denen sich der OSZE-Raum gegenübersteht, zu bewältigen, einschliesslich der Herausforderungen im Zusammenhang mit der zweiten Dimension, insbesondere Klimawandel, Umweltzerstörung, Verhütung und Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, Migration, Wasserbewirtschaftung, Verringern des Katastrophenrisikos, Energiesicherheit und nachhaltige Energie. Die Entschliessung wurde vom Ausschuss angenommen. Auch die vom Ständigen Ausschuss überwiesenen zusätzlichen Beratungsgegenstände wurden von den Mitgliedern des Zweiten Allgemeinen Ausschusses verabschiedet.

Aufgrund der Überschneidung der Tagungszeiten der Ausschüsse konnte die liechtensteinische Delegation nicht an den Sitzungen des Zweiten Allgemeinen Ausschusses teilnehmen. Zusätzliche Informationen können auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

4.3 Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Der Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen tagte unter dem Vorsitz der Schweizer Nationalrätin Margareta Kiener Nellen. Auf der Tagesordnung standen der Bericht und Entschliessungsentwurf des Berichterstatters

Kyriakos Hadjiyanni (Zypern) sowie die an den Ausschuss überwiesenen zusätzlichen Beratungsgegenstände.

Der Berichterstatter stellte seinen Bericht vor und betonte den Zusammenhang zwischen Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung und der Bedeutung von Stabilität, Demokratie und Freiheit sowie dem Schutz der Menschenrechte. Die Rolle der Parlamente sowohl in ihrer Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion als auch auf dem Gebiet der parlamentarischen Diplomatie sei von zentraler Bedeutung und sollte weiter gestärkt werden. Vor allem in der menschlichen Dimension, die das Fundament für Frieden legt, müssen Parlamente eine grössere beratende Rolle spielen. Parlamente können Lösungen ausserhalb formaler Entscheidungsprozesse anbieten. Parlamente können viel mehr tun, um gefährdete Gruppen in Konfliktgebieten zu schützen, darunter auch Flüchtlinge und Binnenvertriebene, die von den schrecklichen Folgen des Krieges häufig besonders stark betroffen seien.

Abschliessend unterstrich der Berichterstatter, dass es auch an den Anwesenden liege, die Zukunft zu gestalten. Die Wahrung der Menschenwürde müsse treibende Kraft des Handelns sein. 2019 müsse das Jahr sein, in dem der Negativtrend bei den Menschenrechten ende und umschlage. Er gebe die Hoffnung nicht auf, dass dies ein Jahr grösserer Entschlossenheit zur energischen und wirksamen Verfolgung eines positiven Menschenrechtskurses sein werde.

In der anschliessenden Debatte sprachen zahlreiche Parlamentarier über Themen wie Medienfreiheit, Rechte von Asylbewerbern und Flüchtlingen sowie Religionsfreiheit.

Vom Ständigen Ausschuss wurden vier zusätzliche Beratungsgegenstände an den Dritten Ausschuss überwiesen. Dabei handelte es sich um Entschliessungen zu den Themen: «Educating schoolchildren to avoid human trafficking» von Christopher Smith (USA); «Neonatal care as a social development target» von Paola Taverna (Italien); «A call for stronger OSCE action against increased discrimination of Christians in certain OSCE participating States, as well as adherents of other minority faiths» von Bjorn Söder (Schweden) und «Combating xenophobia, aggressive nationalism and related intolerance» von Artem Turov (Russische Föderation). Die seitens des russischen Abgeordneten eingereichte Resolution zum Thema Xenophobie stiess bei vielen Parlamentariern auf grosses Unverständnis und wurde nach einer längeren Diskussion als einzige Resolution nicht angenommen.

Die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett vertrat Liechtenstein im Dritten Allgemeinen Ausschuss. Weitere Informationen können auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

4.4 Zusätzliche Beratungsgegenstände

Die Tagesordnung der Jahrestagung wird jeweils durch zusätzliche Beratungsgegenstände zu einer beliebigen Angelegenheit innerhalb der Zuständigkeit der OSZE ergänzt, welche jedoch nicht im direkten Zusammenhang mit den Themen stehen, die von den Berichtstattern der Ausschüsse vorgeschlagen werden. Diese

zusätzlichen Beratungsgegenstände werden als Entschliessungsentwurf vorgelegt und müssen mit den Unterschriften von mindestens 20 Mitgliedern aus mindestens vier verschiedenen Staaten versehen sein. Gemäss Geschäftsordnung darf ein Mitglied der Versammlung nicht mehr als vier zusätzliche Beratungsgegenstände unterstützen. Seitens der liechtensteinischen Delegierten wurden im Vorfeld der Jahrestagung folgende Beratungsgegenstände – welche auf die Tagesordnung gesetzt wurden – mitunterzeichnet: «The role of national parliaments in preventing and combating corruption in the OSCE Area» (Schweden und Zypern); «The integration of gender and youth perspectives in efforts to combat climate change» (Kanada); «Energy security in the OSCE Area» (Litauen); «Promoting energy security by ensuring access to sustainable energy» (Kanada); «Good practices for states related to private military and security companies » (Schweiz) und «Effective migration governance based on promoting inclusive societies and dignified returns» (Belgien).

5. Plenarversammlung

Auf der Tagesordnung der Plenarversammlung stand die ordentliche Berichterstattung der Vertreter der verschiedenen OSZE-Institutionen. Thomas Greminger, Generalsekretär der OSZE, informierte über die aktuellen Tätigkeiten der OSZE. Er forderte eine stärkere Dynamik der Agenda für nachhaltige Entwicklung, unter anderem durch eine systematische Darstellung der Aktivitäten zur Erreichung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung in den OSZE-Ländern. Parlamentarier können dazu beitragen, indem sie Gesetze verabschieden, finanzielle Mittel bereitstellen und Regierungen zur Rechenschaft ziehen sowie das Bewusstsein schärfen und die Führung ausüben, sagte er. Der Generalsekretär erörterte andere Hauptprioritäten der OSZE, darunter die Krise in und um die Ukraine, die Cybersicherheit und den Klimawandel. Seine grösste Herausforderung als Generalsekretär sei es, ein stärkeres Bewusstsein für gemeinsame Ziele unter den Teilnehmerstaaten aufzubauen. Die OSZE habe das Potenzial, das Forum für einen sinnvollen diplomatischen Dialog zwischen Ost und West zu sein, betonte Greminger und forderte die Versammlung auf, dies zu unterstützen. Abschliessend betonte der Generalsekretär, dass zur Verhinderung von neuen Krisen, zum Abbau von bestehenden Spannungen und zur Bildung von Vertrauen eine starke OSZE notwendig sei. Um diese Botschaft zu vermitteln, zähle er auf die Unterstützung aller Parlamentarier.

Miroslav Lajčák, der amtierende Vorsitzende der OSZE und slowakischer Aussenminister, führte aus, dass die OSZE durch ihre Feldmissionen, autonomen Institutionen und ihr Sekretariat weiterhin sowohl in stabilen Ländern als auch in Konfliktsituationen aktiv sei. Sie habe ihre eigene Expertise, einen eigenen Werkzeugkasten für die Prävention und eigenes lokales Wissen. Dies könne in einzigartiger Weise zur Erreichung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Weiter verknüpfte Lajčák den Ansatz der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen mit dem von der OSZE entwickelten umfassenden Sicherheitsmodell und argumentierte, dass die Schlussakte von Helsinki von 1975 die Grundlage für die Agenda für nachhaltige Entwicklung bilde. Den

Parlamentariern komme eine entscheidende Rolle zu, auch durch die Aufstockung der Mittel für Schulen und die Förderung der Beteiligung von Frauen an lokalen Regierungen. Parlamentarier seien das Bindeglied zwischen der OSZE und den Menschen, denen sie diene.

Ebenfalls vor der Versammlung sprach Liliane Maury Pasquier, Schweizer Ständerätin und Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. In ihrer Ansprache betonte sie, dass die Umsetzung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung ein Prozess mit mehreren Interessengruppen sei und dass die Parlamentarier als gewählte Vertreter einen direkten Kontakt zur Zivilgesellschaft, zu Berufsorganisationen sowie zu lokalen und regionalen Behörden hätten.

Maury Pasquier führte weiter aus, dass viele Übereinkommen des Europarats innovative und einzigartige Instrumente seien, die Nichtmitgliedstaaten offen stehen und als Bezugsrahmen für alle OSZE-Mitgliedstaaten dienen können. Die in den Übereinkommen festgelegten Überwachungsmechanismen liefern Messindikatoren, die in vielen Fällen auch für die Ziele der nachhaltigen Entwicklung gelten, sodass Bereiche, in denen Fortschritte erzielt wurden, definiert und Herausforderungen identifiziert werden können.

Schliesslich schlug die Präsidentin vor, sich auf Querschnittsfragen wie die Gleichstellung der Geschlechter zu konzentrieren und erinnerte daran, dass dieses Thema eine der Prioritäten ihres Vorsitzes ist, und verwies auf die Initiative #NotInMyParliament, die von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats im November 2018 ins Leben gerufen wurde.

Auf der Tagesordnung der Plenarsitzung standen auch die Debatten über drei zusätzliche Beratungsgegenstände zu den Themen «Effective migration governance based on promoting inclusive societies and dignified returns» von Narima Lanjri (Belgien); «The role of national parliaments in preventing and combating corruption in the OSCE Area» von Margareta Cederfelt (Schweden) und Irene Charalambides (Zypern) sowie «The role of civil society – individuals and non-governmental organizations – in realizing the aims and aspirations of the OSCE» eingereicht von Alcee Hastings (USA). Alle Entschliessungen wurden verabschiedet.

6. Schlussitzung

Die Entschliessungen der drei Ausschüsse zum Thema der Jahrestagung «Nachhaltige Entwicklung zur Förderung der Sicherheit: Die Rolle der Parlamente» sowie die Entschliessungen zu den zusätzlichen Beratungsgegenständen wurden vom Plenum verabschiedet. Es folgte die Berichterstattung verschiedener Ad-hoc-Ausschüsse, von Sonderbeauftragten und von Wahlbeobachtungsmissionen.

Die anschliessende Generaldebatte der Versammlung umfasste knapp 60 Wortmeldungen. Der Abgeordnete Günter Vogt ging in seinem Votum auf die angespannte Sicherheitslage in der OSZE-Region ein und drückte Besorgnis über die Situation der Zivilbevölkerung in den Konfliktgebieten, insbesondere in der Ukraine

aus. Weiter betonte er die Fortführung des wichtigen Prozesses des strukturierten Dialogs innerhalb der OSZE.

7. Luxemburg Erklärung

Als Ergebnis der Tagung wurde die 74 Seiten umfassende «Luxemburg Erklärung» verabschiedet. Sie beinhaltet die Entschliessungen der Ausschüsse und die Entschliessungen über die zusätzlichen Beratungsgegenstände. Die Erklärung enthält Empfehlungen an die nationalen Regierungen, Parlamente und die internationale Gemeinschaft in den Bereichen politische Angelegenheiten, Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt, Menschenrechte und humanitäre Fragen. Das Dokument befürwortet einen multilateralen Ansatz zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen in den Bereichen Rüstungskontrolle, Konfliktlösung, Umwelt und Menschenrechte. Die Erklärung fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf der höchsten politischen Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Erklärung wurde zur weiteren Behandlung an die Regierungen aller 57 OSZE-Mitgliedstaaten gesandt. Das Dokument kann über die Homepage der PV der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) abgerufen werden.

8. Bilaterale Gespräche

Am Rande der Tagung bot sich für die liechtensteinische Delegation wiederum die Möglichkeit, sich auf informeller Ebene mit Parlamentariern anderer Staaten über aktuelle Themen auszutauschen.

9. Wahlen

Zum Schluss der Jahrestagung standen diverse Wahlen der Versammlung auf der Agenda. Als Präsident wurde George Tsereteli (Georgien) wiedergewählt. Als Gegenkandidatin stellte sich Doris Barnett (Deutschland) zur Wahl. Victor Paul Dobre (Rumänien) und Azay Guliyev (Aserbaidschan) wurden beide als Vizepräsidenten wiedergewählt, und Nilza de Sena (Portugal), bisher Vorsitzende des 2. Ausschusses, wurde neu zur Vizepräsidentin gewählt. Die Versammlung wählte Peter Juel Jensen, den Leiter der dänischen Delegation, zum Schatzmeister.

In die drei Ausschüsse sind folgende Personen gewählt worden:

1. Ausschuss:

- Filippo Lombardi (Schweiz) – Vorsitzender
- Costel Neculai Dunava (Rumänien) – Vizevorsitzende
- Laurynas Kasciunas (Litauen) – Berichterstatter

2. Ausschuss:

- Sofio Katsarava (Georgien) – Vorsitzende
- Artur Gerasymov (Ukraine) – Vizevorsitzender
- Elona Hoxha Gjebrea (Albanien) – Berichterstatterin

3. Ausschuss:

- Kyriakos Hadjiyanni (Zypern) – Vorsitzender
- Michael Georg Link (Deutschland) – Vizevorsitzender
- Susana Amador (Portugal) – Berichterstatterin

IV. Herbsttagung vom 4. bis 6. Oktober 2019 in Marrakesch

1. Delegation und Teilnehmer

Vom 4. bis zum 6. Oktober fand die 18. Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Marrakesch statt. In der viertgrössten Stadt Marokkos kamen rund 190 Abgeordnete zusammen, um über das Thema «Förderung der Sicherheit im gesamten Europa-Mittelmeer-Raum: Die Rolle der OSZE und ihrer Partner» zu diskutieren. Zum ersten Mal war ein OSZE-Kooperationspartner Gastgeber der Parlamentarischen Versammlung und ebenfalls zum ersten Mal fand eine Konferenz der PV in Afrika statt. Liechtenstein wurde durch den Landtagsabgeordneten Günter Vogt als Delegationsleiter und die stellvertretende Landtagsabgeordnete Helen Konzett vertreten.

2. Eröffnungssitzung

George Tsereteli, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, hielt in seiner Eröffnungsrede fest, dass ohne regionale und internationale Zusammenarbeit Themen wie Migration, Terrorismusbekämpfung, Klimawandel oder dem Streben nach wirtschaftlicher Konnektivität und nachhaltiger Entwicklung keine Fortschritte zu erzielen seien.

Tsereteli wies darauf hin, dass mit dem 30. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer im November 2019 die historische Bedeutung des Helsinki-Prozesses der 70er-Jahre für das Ende des Kalten Krieges gewürdigt werden sollte. Man müsse gemeinsam auf der Arbeit der Vorgänger aufbauen, die so hart für die Prinzipien dieser Organisation gekämpft haben. Man könne nicht zulassen, dass diese Prinzipien unter der heutigen Aufsicht scheitern. Es liege heute in unserer Verantwortung, den Geist der Solidarität wiederzubeleben, der zum Fall der Berliner Mauer geführt habe, so der Präsident.

Hakim Benchamach, Parlamentspräsident Marokkos, unterstrich in seiner Rede, dass die Ursachen für Spannungen und Bedrohungen für die gesamte Region beseitigt werden müssen. Die Mittelmeerländer stehen vor gemeinsamen Herausforderungen, einschliesslich der Bedrohung durch Terrorismus und Hassreden. Er betonte auch den Zusammenhang zwischen Terrorismus und Globalisierung und stellte die geopolitische Strategie des «kreativen Chaos» infrage und unterstrich die Bedeutung der Zusammenarbeit aller Länder.

3. Der Ständige Ausschuss

Die Delegierten des Ständigen Ausschusses trafen sich am 5. Oktober zu einer ordentlichen Sitzung. Liechtenstein wurde durch den Abgeordneten Günter Vogt vertreten. Lord Peter Bowness (Vereinigtes Königreich), Vorsitzender des Unterausschusses für Geschäftsordnung, erläuterte den aktuellen Stand der Arbeit des Ausschusses und führte aus, dass dieser an der nächsten Jahrestagung Vorschläge für effizientere Arbeitsverfahren der Versammlung einbringen werde. Generalsekretär Roberto Montella unterstrich in seinen Ausführungen die Bemühungen, die Dienstleistungen des Internationalen Sekretariats für die Mitglieder der Versammlung zu rationalisieren und zu verbessern. Der neu bestellte Schatzmeister Peter Juel-Jensen (Dänemark) würdigte seine Vorgängerin und betonte, dass er die gute Arbeit der Vergangenheit fortsetzen werde.

Ebenfalls wurden die Berichte der Sonderbeauftragten, der Ad-hoc-Ausschüsse, die Berichte über Wahlbeobachtungsmissionen sowie der Bericht des Präsidenten der Versammlung zur Kenntnis genommen.

4. Parlamentarische Konferenz

Session 1 - The OSCE and the African Regional Cooperation for Innovation and the Exchange of Good Practices

Zu Beginn der Sitzung erklärte der Vorsitzende und Vizepräsident der OSZE PV, Roger Wicker (USA), dass die OSZE mit ihrem umfassenden Sicherheitsansatz eine wertvolle Rolle bei der Stärkung des Dialogs mit regionalen Partnern über ein breites Spektrum gemeinsamer Fragen spielen könne.

Die Hauptrednerin der Sitzung, Mbarka Bouaida, Präsidentin der Region Guelmim-Oued Noun in Marokko, konzentrierte sich auf die jüngsten Entwicklungen in Marokko und der nordafrikanischen Region, einschliesslich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Als erste Frau, die als marokkanische Regionalführerin gewählt wurde, erläuterte sie auch verwandte geschlechtsspezifische Fragen.

Alassane Bala Sakande, Präsident der Afrikanischen Parlamentarischen Union und Parlamentspräsident von Burkina Faso, betonte, dass Migranten, illegal oder legal, nicht für sämtliche Probleme verantwortlich seien. Grundsätzlich sei es ein Drama für Menschen, die sich eine Lebensgrundlage schaffen und arbeiten wollen, als Ersatz für eine Lebensgrundlage die ihnen anderswo entzogen wurde.

Session 2 - The Euro-Mediterranean Region and the Challenges Posed by Climate Change: Economic Development and Environmental Migration

Nilza de Sena (Portugal), Vizepräsidentin der OSZE PV, eröffnete die zweite Session und stellte die Zusammenhänge zwischen Nahrungsmittel- und Wassersicherheit, massiven Migrationsströmen, sozialen Spannungen und Umweltzerstörung fest und betonte, dass sich Wirtschaftswachstum, nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz gegenseitig verstärken.

Moustapha Cisse Lo, Sprecher des Parlaments der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), beschrieb die dramatischen Folgen des Klimawandels und betonte die dringende Notwendigkeit der Umsetzung des Pariser Abkommens. Er sprach über den Klimawandel als eine grosse Herausforderung für Afrika und stellte fest, dass er die bestehenden Probleme der Region, wie mangelnde verantwortungsvolle Regierungsführung, schlechte Wasserwirtschaft und massive Migrationsbewegungen, verschärfe.

Teresa Botella von der Internationalen Organisation für Migration in Marokko betonte die Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Migration und menschlicher Sicherheit und hob mehrere Vulnerabilitätsfaktoren wie Geschlecht und Armut hervor.

Ralf Ernst, Stellvertretender Koordinator der OSZE für Wirtschaft und Umwelt, führte aus, dass der Klimawandel ein Multiplikator für Bedrohungen sei, der sich auf die Wassersicherheit, extreme Wetterverhältnisse und Wirtschaftsstörungen auswirke. Die OSZE engagiere sich zu diesem Thema, indem sie wichtige Interessengruppen zu den sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels schule.

Session 3 - Combating Intolerance and Discrimination Based on Religion or Belief

Die Vorsitzende Kari Henriksen (Norwegen), Vizepräsidentin der OSZE PV, betonte zu Beginn, dass im Mittelpunkt des gewählten Themas das Verständnis der grundlegenden Gleichstellung der Menschen stehe. Somit hätten die Länder die Verantwortung, die Freiheit des Glaubens als auch des Nicht-Glaubens zu respektieren und zu schützen.

Botschafter Mehmet Paçacı, persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen, erörterte in seinen Ausführungen die Arbeit des slowakischen OSZE-Vorsitzes bei der Entwicklung eines umfassenden Ansatzes zur Bekämpfung von Hassverbrechen und anderen Formen der Intoleranz. Der diskriminierende Diskurs, der über Jahrzehnte und insbesondere nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington an Bedeutung gewonnen habe, habe sich in jüngster Zeit verstärkt in Gewalttaten und Intoleranz gegen Muslime manifestiert.

5. Mittelmeerforum

In seinen einleitenden Worten stellte Pascal Allizard (Frankreich), Sonderbeauftragter für Mittelmeerfragen, fest, dass das Mittelmeer ein gemeinsamer Raum ist, an den viele Mitgliedsländer der Versammlung der OSZE angrenzen. Er betonte, dass die Region im Mittelpunkt mehrerer Krisen- und Spannungsquellen stehe, darunter terroristische Bedrohungen im gesamten Mittelmeerraum und die Migrationskrise, die auf drei Haupttrouten durch das Mittelmeer verlaufe.

Die Region sei von Reibungen zwischen der NATO und Russland an der Ostflanke Europas betroffen, so Allizard. Er sprach auch über die Bemühungen Chinas beim Aufbau von Infrastrukturen, die verschiedene Regionen einschliesslich des Mittelmeers miteinander verbinden. Er plädierte für eine gemeinsame strategische

Vision, die durch den Informationsaustausch über Projekte unter der Leitung Chinas untermauert werde.

Der griechische Minister für ländliche Entwicklung und Ernährung, Makis Voridis, ehemaliges Mitglied der griechischen Delegation bei der OSZE PV und damaliger Vorsitzender des Ad-hoc-Ausschusses zur Terrorismusbekämpfung, sagte, dass es nicht möglich sei, internationale Herausforderungen wie Klimawandel, Korruption und Terrorismus nur auf nationaler Ebene anzugehen. Er betonte, dass die multilaterale Zusammenarbeit von wesentlicher Bedeutung sei und dass die PV der OSZE durch ihr wachsendes Tätigkeitsniveau einen echten Mehrwert für diese Prozesse darstelle.

Die wirtschaftliche Vernetzung sei für die Sicherheit notwendig, sagte Botschafter Igli Hasani, Vorsitzender der OSZE-Kontaktgruppe zu den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum. Er konzentrierte sich auf die Förderung der Jugendbeteiligung in Gesellschaften. Migration sei eine Konstante in der Menschheitsgeschichte, aber sie sollte eine Option und keine Notwendigkeit sein, so der Botschafter abschliessend.

Am Mittelmeerforum nahmen auch die parlamentarischen Delegationen der OSZE-Mittelmeer-Kooperationspartner, darunter Algerien, Ägypten, Jordanien und Marokko, teil. Die Parlamentarier sprachen Fragen im Zusammenhang mit Sicherheit, Umwelt, wirtschaftlicher Entwicklung und Migration an.

V. Zusammenarbeit

Vor jeder Tagung erhielt die Delegation ein umfangreiches Dossier seitens des Ministeriums für Äusseres mit Liechtenstein-spezifischen Unterlagen. Diese pragmatische Informationspolitik wird als sehr wertvoll und hilfreich erachtet und trägt dazu bei, die liechtensteinische Aussenpolitik koordiniert wahrzunehmen.

VI. Kostenaufwand der Delegation

Im Berichtsjahr 2019 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 15'866 (Vorjahr CHF 15'017). Die Taggelder machten im Jahr 2019 CHF 16'000 (Vorjahr CHF 14'000) aus. Die Kosten für den Jahresbeitrag an die Parlamentarische Versammlung der OSZE betragen im Berichtsjahr CHF 5'173.80 (EUR 4'554).

VII. Weitere Informationsquellen

Ausführliche Informationen, wie die einzelnen Reden und umfassenden Berichte zu den Tagungen in Schriftform sowie Videoaufzeichnungen können auf der Homepage der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) heruntergeladen werden.

VIII. Schlusswort und Antrag

Die Delegation konnte im Berichtsjahr erstmals in dieser Legislatur an allen drei Tagungen der Versammlung teilnehmen und hat sich somit vertieft mit allen Themen der OSZE PV auseinandergesetzt.

Besonders hervorzuheben sind die Teilnahmen der Delegation an der Jahrestagung im Juli und an der Herbsttagung im Oktober.

Zum ersten Mal überhaupt tagte die OSZE PV in Luxemburg. Die Parlamentarier der 57 OSZE-Teilnehmerstaaten haben sich vom 4. bis 8. Juli getroffen, um Entwicklungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit Sicherheit und Zusammenarbeit zu bewerten, insbesondere im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zur Förderung der Sicherheit.

Vielfältige Themen wie die Herausforderungen der Migrationskrise, die Situation in der Ukraine, die Sondermissionen der OSZE, die viel diskutierten Auswirkungen des Brexit auf die Grenze zwischen Irland und Nordirland, den Schutz der Grundrechte von LGBTI oder Nuklearwaffen sowie die Rolle der Parlamente wurden debattiert.

Die Versammlung verabschiedete ihre Standpunkte mit der «Luxemburger Erklärung» zuhanden des OSZE-Ministerrats.

Hauptthema der Herbsttagung war die Rolle der OSZE und ihrer Partner bei der Förderung der Sicherheit im euromediterranen Raum. Zu den Unterthemen gehörten die regionale Zusammenarbeit der OSZE mit den afrikanischen Ländern im Bereich der Innovation und des Austausches von Good Practices, die wirtschaftliche Entwicklung und die Umweltmigration vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die der Klimawandel für den euromediterranen Raum mit sich bringt, sowie die Bekämpfung von religiös oder politisch motivierter Intoleranz und Diskriminierung.

Ich danke meinen Delegationskolleginnen und Kollegen, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten sowie der Regierung und unserer Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger für die hervorragende Zusammenarbeit.

Ich bitte den Hohen Landtag den Jahresbericht 2019 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Günter Vogt

Balzers, im Januar 2020